



Das Recht auf Wohnen
im Kontext von Klimawandel,
Urbanisierung
und Umweltzerstörung

ZUSAMMENFASSUNG

MISEREOR
IHR HILFSWERK



The Global Initiative
for Economic, Social and Cultural Rights

Auf der ganzen Welt steht das Recht auf Wohnen durch den Klimawandel sowie zunehmende Verstädterung und Umweltzerstörung unter Druck. Die Bevölkerung in den Städten nimmt zu, nicht zuletzt auch, weil immer mehr Menschen aufgrund des Klimawandels in die Städte ziehen.

Bewohner*innen informeller Siedlungen und Menschen, die in Armut leben, sind den Auswirkungen der stärker werdenden Klimakrise besonders schutzlos ausgeliefert. Sie sind oft gezwungen, sich in Gebieten niederzulassen, die anfällig für Naturkatastrophen sind: an der Küste, an den Ufern von Flüssen, an Berghängen oder in Gegenden, die regelmäßig Überschwemmungen ausgesetzt sind. Dies erhöht ihre Verwundbarkeit gegenüber klimabedingten Katastrophen, wie Schlammlawinen, Überschwemmungen, Stürmen oder dem langsam fortschreitenden Anstieg des Meeresspiegels.

Obwohl sie am stärksten betroffen sind, erhalten diese Menschen aber häufig keine Unterstützung, um sich vor den Folgen der Klimakrise und anderen Krisen – wie der Corona-Pandemie – zu schützen oder etwas gegen die Umweltzerstörung tun zu können. Diese Vernachlässigung resultiert daraus, dass die informell siedelnde Bevölkerung von der Gesellschaft und der Regierung meist nicht als Inhaber*innen von Rechten anerkannt wird. Hinzu kommt, dass Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels und zur Katastrophenprävention häufig auch als Rechtfertigung dafür dienen, dass informelle Siedlungen abgerissen und deren Bewohner*innen vertrieben werden. So wird Platz für Modernisierungs- und Entwicklungsprojekte geschaffen. Adäquate Umsiedlungsprogramme für die Vertriebenen gibt es meist nicht.

Menschenwürdiger Wohnraum sowie der Zugang zu Wasser, sanitären Einrichtungen und anderen notwendigen Infrastrukturen und Dienstleistungen sind entscheidende Elemente der Krisenresilienz bei klimabedingten Katastrophen, aber auch bei Pandemien wie jetzt im Falle von

COVID-19. Es ist die vordringliche Aufgabe von Staaten, durch gesetzliche Maßnahmen sicherzustellen, dass die Menschenrechte respektiert, geschützt und umgesetzt werden. Es ist dabei unerlässlich, dass die Betroffenen aktiv beteiligt werden. Regierungsvertreter*innen müssen direkt mit diesen Menschen in Kontakt treten, damit sie ihre Bedürfnisse verstehen und zusammen mit ihnen nachhaltige Lösungen entwickeln können.

Dieser Bericht geht zurück auf eine gemeinsame Initiative der Global Initiative for Economic, Social and Cultural Rights (GI-ESCR), MISEREORs und sechs weiterer zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich auf nationaler und internationaler Ebene für das Recht auf Wohnen und weitere damit verbundene Themen einsetzen:

- Fundación Salvadoreña de Desarrollo y Vivienda Mínima (FUNDASAL), El Salvador
- Association pour l'Amour du Livre et le Développement Local (ASSOAL), Kamerun
- Pagtambayayong, Philippinen
- Community Organizers Multiversity (COM), Philippinen
- Centro de Investigación, Documentación y Asesoría Poblacional (CIDAP), Peru
- Spaces for Change, Nigeria.

Der Bericht zeigt auf, wie das Recht auf Wohnen und die damit verbundenen Menschenrechte (z. B. Recht auf Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen) durch den Klimawandel, die Urbanisierung und die Zerstörung der Umwelt zunehmend bedroht sind und fordert einen kohärenten Ansatz der Politikgestaltung. In den folgenden Fallbeispielen werden lokale Erfahrungsberichte aus Afrika, Asien und Lateinamerika vorgestellt. In sechs Berichten aus fünf Ländern (Kamerun, El Salvador, Nigeria, Peru und den Philippinen) zeigen zivilgesellschaftliche Organisationen gemeindebasierte Lösungen auf. Der Bericht schließt mit Empfehlungen an nationale und lokale Regierungen sowie die Menschenrechtsgremien der Vereinten Nationen.

Fallstudien

FALL 1

EL SALVADOR

von Jacqueline Ivón Martínez
und Alma Daysi Rivera (FUNDASAL)

Diese Fallstudie beschäftigt sich mit der schlechten Wohnqualität in informellen Siedlungen und wie sich diese vor dem Hintergrund des Klimawandels auf die dort lebenden Familien auswirkt. Es werden verschiedene Lösungsansätze vorgestellt, die Bewohner*innen informeller Siedlungen selbst entwickelt haben.

Die Wasserkrise in El Salvador verschärft die prekäre Lage der armen Bevölkerung. Hinzu kommt, dass die Folgen des Klimawandels immer deutlicher zu spüren sind, zum Beispiel durch zunehmende extreme Naturereignisse wie schwere Stürme, Hitzewellen und Dürren. So wurden im Jahr 2020 durch die Stürme Amanda und Cristóbal die Häuser von circa 30.000 Familien zerstört oder beschädigt. Die Regierung hat in Schutzbauten investiert, um die schwerwiegenden Auswirkungen von Überschwemmungen durch Starkniederschläge auf die Bevölkerung zu begrenzen. Sie hat aber keine umfassende Strategie entwickelt, um die Auswirkungen des Klimawandels für die Bewohner*innen informeller Siedlungen zu reduzieren.

Zu den gemeindebasierten Lösungsansätzen gehört auch die Gründung von Wohnungsgenossenschaften. Diese helfen Familien dabei, gesetzlich zugesicherte Nutzungs- und Besitzrechte für ihre Wohnungen durchzusetzen und Zugang zu einer Grundversorgung zu erhalten. Ein konkretes Beispiel ist das genossenschaftliche Wohnungsbauprojekt *Cuna de la Paz*. Im Rahmen dieses Projektes wurden klimagerechte Wohnungen unter Verwendung lokaler, emissionsarmer Materialien gebaut. Zu den Wohnungen gehören ein Regenwassernutzungssystem und ein Bio-Gemüsegarten. Lokaler Ökotourismus wird genutzt, um Möglichkeiten zur Existenzsicherung für die Bewohner*innen zu schaffen.



Foto: Schwarzbach/MISEREOR

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben erreicht, dass die Verwendung lokaler Materialien (wie Erde) in die offizielle Bauordnung von El Salvador aufgenommen wurde.

FALL 2

KAMERUN

von Jules Dumas Nguebou (ASSOAL)

In Kamerun führt der Klimawandel zu häufigen Überschwemmungen und Erdbeben. Diese zerstören die unsicheren Unterkünfte der ohnehin schon benachteiligten Bevölkerung und verunreinigen das Trinkwasser. Schlechte Regierungsführung, Korruption und Missmanagement in der Klima- und Städtepolitik erhöhen den Druck auf verfügbares Land und führen zu Vertreibungen, Land Grabbing und Konflikten.

Trotz dieser schwierigen Situation konnten positive Veränderungen herbeigeführt werden: Bewohner*innengenossenschaften setzen sich für eine klimaschonende und soziale Wohnungspolitik ein, sie führen kostengünstige, klimafreundli-

che Bauprojekte durch und fördern eine partizipative Haushaltsplanung. Damit soll sichergestellt werden, dass die finanziellen Mittel sowie die politische Schwerpunktsetzung der lokalen und nationalen Regierung in Einklang mit den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung stehen.

2019 beispielsweise wurden die Bewohner*innen der Stadt Bafoussam von starken Regenfällen heimgesucht, die einen Erdbeben – die „Gouache-Katastrophe“ – verursachten. Viele Häuser wurden zerstört, Bewohner*innen verschüttet. Diejenigen, die keine gesetzlich zugesicherten Nutzungs- und Besitzrechte für ihre Unterkunft hatten, wurden mit der Zerstörung ihres Zuhauses obdachlos. Dieser tragische Erdbeben zeigt, warum es so wichtig ist, dass die kamerunische Regierung die negativen Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltzerstörung bei der Gestaltung ihrer Wohnungspolitik berücksichtigt. Vor allem muss sie mit den Betroffenen zusammenarbeiten, die den negativen Folgen des Klimawandels besonders ausgesetzt sind. Nur dann ist die Regierung in der Lage, die Rechte dieser Bevölkerung vor und nach Katastrophen zu schützen.



Foto: Ludwig Tröller

Informelle Siedlungen machen 90 % der städtischen Gebiete in Kamerun aus.

FALL 3

PHILIPPINEN

von Francisco L. Fernández
(Pagtambayong)

Aufgrund der geographischen Lage der Philippinen zählt das Land zu den drei katastrophenanfälligsten Ländern der Welt. Immer häufiger gibt es auf den Philippinen extreme Klimaer-

eignisse. Arme städtische Gemeinden leiden am meisten darunter. Klimakatastrophen führen dazu, dass ihre Unterkünfte überschwemmt und zerstört werden. Viele der Programme zur Klimaanpassung, die auf den Philippinen durchgeführt werden, sehen vor, dass die arme Bevölkerung an sichere Orte umgesiedelt wird. Doch häufig wirken sich diese Umsiedlungen negativ auf die Menschen aus, da die neuen Wohnorte weit weg von ihren angestammten Lebensschwerpunkten liegen.

Dank der Lobbyarbeit städtischer zivilgesellschaftlicher Organisationen konnten jedoch politische Erfolge erzielt werden, die dazu geführt haben, dass ihr Recht auf Wohnen gesetzlich stärker geschützt wurde. Beispiele sind der *Urban Development and Housing Act* oder das *Community Mortgage Program (CMP)*, ein Programm, das langfristige, zinsgünstige Darlehen an organisierte Interessen-



Foto: Schwarzbach/MISEREOR

Mehr als 30 % der städtischen Bevölkerung in den Philippinen lebt in sogenannten „Slums“, die sehr dicht besiedelt, unhygienisch und unsicher sind.

gemeinschaften armer städtischer Haushalte verbirgt. Mithilfe dieses Programms soll den Familien ermöglicht werden, Land zu kaufen, dieses zu erschließen und darauf Häuser zu bauen.

Positive Veränderungen konnten darüber hinaus durch die Gründung von genossenschaftlichen Verbänden erreicht werden. Bewohner*innen schließen sich zusammen, um gemeinsam ihr Recht auf Wohnen einzufordern und sich für Klima-

gerechtigkeit einzusetzen. Sie erstellen zum Beispiel gemeindebasierte Pläne, um die Risiken von Katastrophen zu reduzieren, und Notfallpläne, um im Fall einer Katastrophe richtig handeln zu können. Zivilgesellschaftliche Gruppen auf den Philippinen organisieren sich zudem in einer sozialen Bewegung zu Urbaner Transformation, die gegen die Klimakrise kämpft und gleichzeitig Gerechtigkeit und soziale Entwicklung für alle fordert.

FALL 4

PHILIPPINEN

von Luz B. Malibiran
(Community Organizers
Multiversity)

Aufgrund des Klimawandels wird der Großraum Metro Manila immer häufiger von Überflutungen, schweren Stürmen und Taifunen heimgesucht. Menschen in Armut sind besonders betroffen, da sie gezwungen sind, in Gebieten zu wohnen, die für Naturkatastrophen anfällig sind. Die Regierung von Metro Manila rechtfertigt die Vertreibung dieser Menschen damit, dies geschehe zu ihrer Sicherheit und ihrem eigenen Wohlergehen. Oft siedelt die Regierung die städtischen Gemeinschaften aber an abgeschiedene Orte um, die weit von ihren Arbeitsplätzen entfernt liegen und sie erhalten dort keine Unterstützung oder Sozialleistungen.

Daher haben sich diese Menschen zu einer Allianz zusammengeschlossen – der *Alliance of People's Organizations Along Manggahan Floodway (APOAMF)*. Sie haben einen sogenannten *People's Plan* entwickelt, der eine Alternative zu den Zwangsumsiedlungen aufzeigt, und diesen der Regierung vorgelegt. Der *People's Plan* beinhaltet Empfehlungen für einen fairen Umsiedlungsprozess und ein klimaresilientes, an den Menschen ausgerichtetes, inklusives Wohn- und Lebenskonzept. In Verhandlungen mit der Regierung wurde so erreicht, dass 15 Gebäude errichtet wurden, in denen bis heute bereits 480 Familien untergebracht werden konnten. 420 weitere Familien werden in Kürze ihre Wohnräume beziehen.



Die Mitglieder der *Alliance of People's Organizations Along Manggahan Floodway* haben den lokalen und nationalen Regierungen einen sogenannten *People's Plan* vorgelegt.

Foto: COM

FALL 5

PERU

von Silvia de los Ríos (CIDAP)

In der Metropolregion Lima leben mehr als 155.000 Menschen in unzureichenden Unterkünften in Gegenden, die häufig von Überflutungen betroffen sind.¹ Die problematische Wohnsituation vieler Bewohner*innen wird durch die Auswirkungen des Klimawandels noch verschärft, z. B. mit der Zunahme von Starkregen, Schlammlawinen, Hitzewellen und anderen Naturkatastrophen.

In zwei der ärmeren Gegenden Limas haben Nachbarschaftsgruppen ein gemeindebasiertes Warnsystem eingerichtet, das die Kommunikation

1 CENEPRED (2019)

zu Katastrophenschutz und -bewältigung erleichtert. Auch die öffentliche Plattform *SIGRID* ist ein Informationssystem für Katastrophenrisikomanagement, das sowohl die Bevölkerung als auch die Behörden vor Risiken warnt. Die Initiative *Cities for People Observatory* ist ein Projekt, das von städtischen Gemeinschaften ins Leben gerufen wurde. Dort werden Karten von Siedlungen erarbeitet und verwaltet, die nicht von der Regierung offiziell registriert und erfasst werden. Die Karten liefern Informationen über die Lebensbedingungen, Bedürfnisse und Risiken der betroffenen Siedlungsbevölkerung, die sie so an die Behörden melden können. Sie wurden von den Bewohner*innen selbst entwickelt. Ein selbstverwalteter Solidaritätsfonds nutzt Eigenmittel der Gemeinschaften sowie öffentliche Beiträge der lokalen und nationalen Regierung, um Darlehen und Kredite für Gemeindeforderungen zu finanzieren. Dadurch werden Risiken gegenüber dem Klimawandel verringert und die Lebensbedingungen und -qualität der Menschen verbessert.

Die Siedlungen in den Außenbezirken von Lima liegen in Risikogebieten, auch aufgrund der Beschaffenheit der Böden.

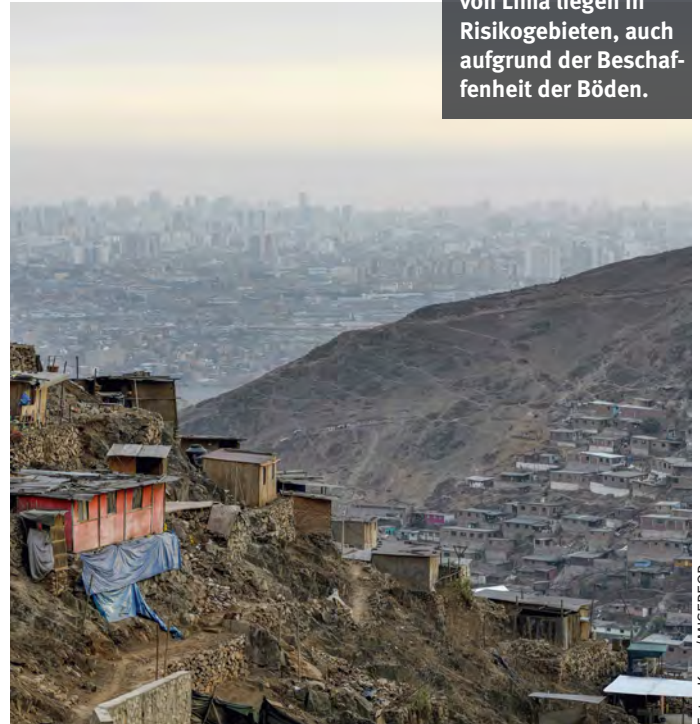


Foto: Kopp/MISEREOR

FALL 6

NIGERIA

von Victoria Ibezim-Ohaeri y
Aizighode Obinyan (*Spaces for Change*)

Lagos wird jedes Jahr von Überflutungen heimgesucht, die immer wieder Menschen zur Flucht zwingen und ihre Unterkünfte und Lebensgrundlagen zerstören. Der Klimawandel verschärft die Situation und führt zudem zu Küstenerosion, steigendem Meeresspiegel und immer häufigerem Starkregen. Die Katastrophen sind besonders zerstörerisch für informelle Siedlungen. Diese befinden sich oft an Orten, die tiefer gele-

gen und damit für Überflutungen besonders anfällig sind, auch weil sie nicht über Abflusssysteme verfügen. Aus „Sicherheitsgründen“ werden diese informellen Siedlungen oft von der Regierung abgerissen.

Informelle Siedlungen in den Uferbezirken von Lagos sind daher ständig von Zwangsräumungen und Abriss bedroht, obwohl viele Bewohner*innen dort schon seit Jahrzehnten leben. Das Gesetz erlaubt Räumungen mit einer Vorlaufzeit von nur sieben Tagen und sieht keinerlei Entschädigungszahlung vor. So kann der Staat im Namen von Hochwasserschutz und Stadterneuerung legal Unterkünfte von Menschen in Uferbezirken abreißen, ohne ihnen dafür eine Entschädigung zahlen zu müssen.

Die Bewohner*innen von 22 städtischen informellen Siedlungen haben sich zu einer Allianz zusammengeschlossen – der *Community Alliance against Displacement (CAD)* –, um gegen Zwangsräumungen vorzugehen und für ihre Rechte einzustehen. Im Stadtteil Isale-Akoka gibt es keinen Zugang zu Trinkwasser. Die Bewohner*innen müssen hohe Preise zahlen, um Wasser von informellen Händler*innen zu erwerben, oder ihre Kinder müssen weite Strecken zurücklegen, um Wasser zu holen. Dank der erfolgreichen Arbeit der CAD wählte das staatliche Wasserunternehmen in Lagos zwei Siedlungen aus, die in einem Pilotprojekt an das staatliche Leitungswassernetz angebunden wurden.



Siedlungen an den Uferbezirken von Lagos, dem Bundesstaat in Nigeria, der am stärksten von Überschwemmungen betroffen ist.

Foto: Rainer Wozny

Das Recht auf Wohnen im Kontext von Klimawandel, Urbanisierung und Umweltzerstörung

- 1 Zugang zu Land und das Recht auf Wohnen für alle sichern.** Dies ist entscheidend, um Menschen vor negativen Umweltwirkungen, den Auswirkungen des Klimawandels und anderen Krisen, z. B. Pandemien, zu schützen.
- 2 Städte und städtische Siedlungen inklusiv, sicher, resilient und nachhaltig gestalten, wie in SDG 11 vereinbart.** Alle Maßnahmen müssen die Menschen in den Mittelpunkt stellen und auf den Menschenrechten basieren.
- 3 Eine ambitionierte Klimapolitik der Staaten, um die globale Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen,** denn die Klimakrise ist eine der größten Bedrohungen für die Menschenrechte.
- 4 Die Bedeutung von Städten und städtischen Räumen für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Zukunft anerkennen.** Städte spielen eine Schlüsselrolle für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in Armut, für das Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele und für die Einhaltung des Pariser Abkommens.
- 5 Kohärente, präzise und ganzheitliche Strategien entwickeln, um die Auswirkungen der Klimakrise auf städtische Siedlungen einzudämmen.** Diese Strategien müssen die Rechte der Bewohner*innen respektieren und Prozesse für die Beteiligung der Zivilgesellschaft, insbesondere für Betroffene, vorsehen.
- 6 Staaten mit einem hohen CO₂-Ausstoß und historischer Verantwortung für den Klimawandel, Geberorganisationen sowie die Vereinten Nationen müssen (Klima-)Finanzmittel bereitstellen,** damit Maßnahmen zum Schutz gegen Naturkatastrophen und langsam fortschreitende Klimawirkungen umgesetzt werden können. Dabei muss die benachteiligte und am stärksten betroffene Bevölkerung priorisiert werden.
- 7 Klimarisiken dürfen nicht als Rechtfertigung gelten, um Menschen aus ihren Häusern und Wohnungen zu vertreiben!** Staaten müssen die Bevölkerung dabei unterstützen, dass sie möglichst immer an ihrem Wohnort bleiben können.
- 8 Politische Entscheidungen müssen inklusiver, partizipativer und klimasensibel werden.** Beispielsweise durch die Stärkung von Kreislaufwirtschaft, die (Wieder-)Verwendung kohlenstoffarmer und lokal verfügbarer Baumaterialien oder eine partizipative und bürgernahe Haushaltsplanung.
- 9 Bewohner*innen bei der Selbstorganisation unterstützen.** Das stärkt sie, um eigenverantwortlich mit den Auswirkungen der Klimakrise, Pandemien und anderen Katastrophen und Risiken umzugehen und selbst Lösungen zu entwickeln und einzubringen. Die Erfahrung zeigt, dass gut organisierte Gemeinschaften in Krisen resilienter sind.
- 10 Die Beobachtung und Erhebung von Daten zur Wohnsituation von Bewohner*innen.** Staaten sollten auch mit Gemeinden zusammenarbeiten, die selbst Projekte zum Monitoring, der Dokumentation und Datenerhebung initiieren, z. B. durch gemeinschaftliches Kartografieren.

² Die Empfehlungen leiten sich aus den Fallstudien des vorliegenden Berichtes ab. Sie richten sich an nationale Regierungen, zielen jedoch auch darauf ab, die Menschenrechtsgruppen der Vereinten Nationen über Bedingungen zu informieren, die auf nationaler und lokaler Ebene erreicht werden müssen. Die einzelnen Fallstudien zeigen noch viele weitere Erfahrungen und Lösungsansätze auf, die in dieser Zusammenfassung nicht vollumfänglich wiedergegeben werden können.

Impressum

Herausgeber

Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e. V.

Mozartstraße 9
52064 Aachen
Deutschland

Tel.: +49 241 442 -0

Fax: +49 241 442 -188

E-Mail: postmaster@misereor.de

Webseite: www.misereor.de

Global Initiative for Economic, Social and Cultural Rights

5. Etage, Rue de Varembeé 1
Postfach 16
CH - 1211 Genf 20 CIC
Schweiz

Tel.: +41 22 919 7106

E-Mail: info@gi-escr.org

Webseite: www.gi-escr.org

Oktober 2020

Redaktion

Clara-Luisa Weichelt
Lucy McKernan

Korrektur

Lucy McKernan
Thomas Bagshaw

Übersetzung

MISEREOR Sprachendienst

Grafische Gestaltung

Anja Hammers

In Zusammenarbeit mit

ASSOAL, CIDAP,
Community Organizers Multiversity, FUNDASAL,
Pagtambayayong and Spaces for Change

Die genannten Partnerorganisationen haben die Fallstudien für den Bericht durchgeführt und tragen die volle Verantwortung für den Inhalt ihrer jeweiligen Fallstudie.

